

Enztal-Bote.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis M. 3.30 vierteljährlich, M. 1.10 monatlich; durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr M. 3.30, im sonstigen In- und Auslande M. 3.40 u. 30 Pf. Postbestellgeld.

Amtsblatt für Wildbad
Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Anzeigenpreis: die einspalt. Zeile oder deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamezeilen 50 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: 8 Uhr vormittags

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsgesellschaft und Buchhandlung; Schriftleitung: Th. G. G. * * * * * Fernsprecher 33. * * * * *
Anzeigenannahme: In Wildbad: Wilhelmstraße 99
Mittwoch, den 23. Juli 1919
Anzeigenannahme: In Calmbach: Hauptstraße 109
Nr. 161 Jahrgang 53

Tageschau.

Daily Telegraph meldet aus Paris, es bestehe die Hoffnung, daß trotz allem China den Friedensvertrag mit Deutschland unterzeichnen wird. Japan hat sich verpflichtet, Shan-tung an China zurückzugeben.

Obwohl nach Artikel 214 des Friedensvertrages die Demarkation der Kriegesgefangenen nach Inkrafttreten des Vertrags mit größter Beschleunigung durchgeführt werden soll, wartet die deutsche Kommission seit Wochen in Versailles, ohne daß die Gegenteile bis jetzt überhaupt ernannt worden ist. Es ist eine unsagbar harte Probe, auf die wieder einmal unser armes Volk gestellt wird.

Durch Verfügung des Reichspräsidenten wurde Reichsminister Dr. Bell mit den Vorbereitungen für die Ueberführung der Staatseisenbahnen an das Reich betraut.

Wie aus Wiesbaden gemeldet wird, rechnet man dort mit einem neuen Votum für die rheinische Republik.

In der letzten Sitzung der Nationalversammlung wurde ein Antrag, nach welchem die Mitglieder solcher Familien, die in Deutschland regiert haben, nicht zum Reichspräsidenten gewählt werden können, mit 123 gegen 117 Stimmen angenommen.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 21. Juli.

Die zweite Beratung des Verfassungsgesetzes wurde in der heutigen ausgedehnten Sitzung fortgesetzt. Artikel 148 bis 152 behandeln Eigentum, Erbrecht, Bindung des Grundbesitzes (Fideikommission), Kurbarmachung des Bodens usw. Die Kapitel werden in der Fassung des Ausschusses angenommen mit einem Antrag Becherle, daß Enteignungen gegenüber Ländern, Gemeinden und Verbänden nur gegen Entschädigung vorgenommen werden dürfen. Im übrigen ist festgelegt die Gewährleistung des Eigentums und Erbrechts, die Möglichkeit der Zwangsenteignung von Grund und Boden (nicht bloß des Grundbesitzes) zu gemeinnützigen Zwecken. Alle Deutsche, besonders kinderreiche Familien und Kriegsteilnehmer, sollen Anrecht auf Wohn- und Wirtschaftsheimstätten haben. Die Fideikommissionen werden aufgelöst und neue dürfen nicht gebildet werden. Die Bodenbearbeitung ist Pflicht des Grundbesitzers und die Wertsteigerung des Bodens ohne Arbeit und Kapitalaufwendung fällt dem Staat bzw. der Gemeinde zu. Der Unabhängige Deutsche erklärte die Bestimmungen des Gesetzes seien noch viel zu „reaktionär“; die Revolution sei noch nicht zu Ende, sie müsse weitergeführt werden. Die Nationalversammlung nahm dann auch den sozialdemokratischen Mittelstandsnachtrag (Artikel 161) an, nach dem der Mittelstand durch Gesetz gegen „Ueberlistung“ (der Entwurf sagte: Ausbeutung) und Auszählung zu schützen ist. Eine lange Aussprache wurde dem Artikel 162, dem Räteartikel gewidmet. Die Abstimmung wurde veragt.

Sitzungsbericht.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3.20 Uhr nach Mittag.

Die zweite Beratung des Verfassungsgesetzes wird bei dem 5. Abschnitt der Grundrechte des Wirtschaftsbereichs Artikel 148 bis 162 fortgesetzt.

Artikel 148 der die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen und die Handels- und Gewerbefreiheit gewährleistet, wird in der Fassung des Ausschusses angenommen, ebenso Artikel 149. Artikel 150 gewährleistet das Eigentum. Entschädigt kann nur auf gesetzlicher Grundlage gegen angemessene Entschädigung und zum Wohle der Allgemeinheit werden. Dazu liegt ein Antrag Heine (D.nat.Vp.) vor, bei Festlegung der Höhe der Entschädigungssumme den Rechtsweg offen zu halten und ein Antrag Dr. Becherle, daß Enteignungen gegenüber Ländern, Gemeinden und Verbänden nur gegen Entschädigungen vorgenommen werden können.

Der Artikel 150 wird unter Ablehnung des Antrags Heine und Annahme des Antrags Becherle angenommen.

Der Artikel 151, Gewährleistung des Erbrechts, wird angenommen.

Nach Artikel 152 soll die Verteilung und Ausnutzung des Bodens jedem Deutschen, besonders kinderreichen Familien, Wohn- und Wirtschaftsheimstätten sichern, unter besonderer Berücksichtigung der Kriegsteilnehmer. Grundbesitz kann zur Befriedigung von Wohnbedürfnissen, zur Förderung der Siedlung und Urbarmachung oder zur Hebung der Landwirtschaft enteignet werden. Die Fideikommissionen sind aufzulösen. Die Bodenbearbeitung ist Pflicht des Grundbesitzers. Die Wertsteigerung des Bodens, die ohne eine Arbeit oder Kapitalaufwendung auf das Grundstück entfällt, ist der Gesamtheit zuzuführen. Alle Bodenschätze und Naturkräfte stehen unter Aufsicht des Staats.

Ein Antrag der Deutsch-Nationalen Arnschmidt u. Gen. will hat der Gesamtheit zuzuführen“ sagen „für die Gesamtheit nutzbar machen“.

Die Sozialdemokraten Auer und Gen. beantragen: Alle Bodenschätze und Naturkräfte sind in Gemeineigentum überzuführen; private Regale und Nutzungsrechte sind aufzuheben.

Abg. Lampe (D.nat.Vp.): Die Bindung des Grundbesitzes ist nicht allein auf die Form des Großgrundbesitzes beschränkt sondern greift auch auf das Höferecht, auch bei kleinerem Grundbesitz über und verkörpert einen gefunden, urgermanischen Rechtsgedanken. Eine Reform des Fideikommissionsrechtes kann anaerzeit erscheinen. Die glatte Aufhebung würde viele Nachteile im Gefolge haben.

Abg. Dr. Billig (D.nat.Vp.): Dem Gedanken der sog. Bodentreform steht meine Fraktion wohlwollend gegenüber, aber geteilter Meinung ist sie, wie weit die Bodentreform gehen soll.

Abg. Becker-Eisen (D.nat.Vp.): Nicht nur Grundstücke unterliegen der fideikommissionären Bindung, sondern auch Kautionsleistungen, und bei grundsätzlicher Aufhebung jeder Bindung würde die Gefahr bestehen, daß zahlreiche Kaufverträge ins Ausland abwandern.

Abg. Weiskopf (D.nat.Vp.) beantragt statt „Naturkräfte“ zu sagen „wirtschaftlich nutzbare Naturkräfte“.

Abg. Dr. Kading (D.nat.Vp.): Nachdem wir eben erst die Gewährleistung des Eigentums beschlossen haben, ist es nicht möglich, die Bodenschätze ohne weiteres zu beschlagnahmen.

Abg. Kagenstein (S.): Wie lehnen die Fideikommissionen als Bestrebungen konfessioneller, ja reaktionärer Art ab.

Abg. Dr. Waldstein (D.nat.Vp.): Die Fideikommissionen erfüllen ihre Aufgabe nicht mehr.

In der Abstimmung wird Artikel 152 unter Ablehnung aller übrigen Anträge mit der Änderung angenommen, daß bei Wertsteigerungen der Boden für die Gesamtheit nutzbar zu machen ist, und daß statt „Naturkräfte“ gesagt wird „wirtschaftlich nutzbare Naturkräfte“.

Artikel 153 (Vergesellschaftung) wird in der Ausschussfassung nebst einem Zusatzantrag der Sozialdemokraten angenommen: Die Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften und deren Vereinigungen sind Träger der Gemeinwirtschaft.

Die Artikel 154-160 werden in der Ausschussfassung angenommen.

Artikel 161 (Schutz des Mittelstands gegen Ausbeutung und Auszählung) wird mit dem Zusatz des Wortes „Ausbeutung“ gegen „Ueberlistung“ in der Ausschussfassung angenommen.

Räteartikel.

Zum Artikel 162 (Räteartikel) legen eine Anzahl Abänderungsanträge vor.

Die Demokraten beantragen, daß die Reichsregierung, auch wenn sie den vom Reichswirtschaftsrat beantragten Gesetzesentwurf nicht zustimmt, diese trotzdem unter Vorlegung ihres Standpunktes beim Reichstag einzubringen hat.

Ein Antrag Schneider (Sachsen)-Haußmann (D.nat.Vp.) will neben den Betriebsarbeiterräten ausdrücklich auch die Angestelltenräte angeführt sehen.

Dr. Arnschmidt (D.nat.Vp.) und Gen. beantragen, an Stelle des Entwurfs die Errichtung eines nach allen Verhältnissen gesicherten Reichswirtschaftsrates als gesetzlich rechtliche Vertretung des gesamten Wirtschaftsbereichs. Er hat grundsätzliche sozialpolitische und wirtschaftliche Gesichtspunkte zu berücksichtigen und kann solche selbst beim Reichstag beantragen. In einem Artikel 162 b sehen die Antragsteller die Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten mit den Unternehmern an den Lohn- und Arbeitsbedingungen und an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung der Produktionskräfte vor. Organisations der Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden anerkannt. Arbeiter und Angestellte erhalten in den Betrieben Vertretungen (Arbeiterräte, Angestelltenräte, Betriebsarbeiterräte) durch ein besonderes Reichsgesetz. In den öffentlichen reichswirtschaftlichen Körperschaften erhalten die Arbeiter und Angestellten eine gesetzliche Vertretung.

Die Unabhängigen beantragen die Wahl von Betriebsräten durch die Arbeiter und Angestellten, die an der Leitung der Betriebe entscheidend mitwirken und die Sozialisierung fördern sollen. Die Arbeiterräte sollen die Verwaltung in Reich, Staat und Gemeinde beaufsichtigen und haben das Recht des entscheidenden Einspruchs gegen gesetzliche Maßnahmen.

Abg. Dr. Selbrück (D.nat.Vp.): Der Rätegedanke wird den Gärungsprozess in unserer Verfassung noch längere Zeit aufrecht erhalten. Es ist der einzige neue politische Gedanke, den die Revolution bis jetzt zutage gefördert hat. Aber er ist ein Kind der russischen Revolution. Der Artikel 162 enthält eine Reihe von Bestimmungen, die für uns unannehmbar sind. Trotzdem liegt in dem Gedanken eine Tendenz, die auch bei uns Anklang gefunden hat, wenn sich die Entwicklung als Gegengewicht gegen eine Ueberwältigung des Parlamentarismus in der Richtung der Schaffung einer berufständlichen Kammer bewegt. Unserer Ueberzeugung nach wird eines schönen Tags der Reichswirtschaftsrat als Erbe an die Stelle des Reichstags treten.

Abg. Eckel (D.nat.Vp.): Wir stehen dem Rätegedanken grundsätzlich sympathisch gegenüber, lehnen es aber ab, den Räten irgendwie geartete politische Rechte zu gewähren oder sie allgemein als Kontrollorgan einzusetzen. Wir sind dagegen für die Arbeiterräte als Organe der sozialen Selbstbestimmung.

Abg. Könen (U.S.P.): So wie die Regierung den Rätegedanken in den Generalstreiktagen des März versprochen hatte, hat sie ihn nicht ausgeführt. Diese Vorlage wird keine Verwirklichung schaffen.

Reichsarbeitsminister Schlichte: Die Partei der Unabhängigen hat zu der Verspätung wesentlich beigetragen. Die Vorlage geht auch ganz wesentlich über das hinaus, was die Regierung versprochen hatte, allerdings hat sie niemals versprochen, daß sie politische Arbeiterräte schaffen will.

Abg. Ehrhardt (S.): Der Sozialismus hat ein halbes Jahrhundert von sich reden machen, aber als er zur Regierung kam, machte die praktische Arbeit ihm sehr viel Schwierigkeiten. Auf dieselben Schwierigkeiten würden auch die Räte stoßen.

Abg. Schneider (Sachsen)-Haußmann (D.nat.Vp.) begründet seinen Antrag: Die Angestellten dürfen nicht nach demselben Gesichtspunkt behandelt werden wie die Arbeiter, weil es zahlreiche Fragen gibt, bei deren Lösung die Angestellten unter sich sein müssen. Es muß dafür gesorgt werden, daß auch die geistigen Leistungen der Angestellten Beachtung finden.

Abg. Dr. Hugo (D.nat.Vp.): Der Ausbau des Arbeiterrechts und damit die Ueberwindung des Klassenkampfes zwischen den Unternehmern und Arbeitern ist eine Voraussetzung für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft und dabei fällt dem Wirtschaftsrat eine wichtige Rolle zu. Deshalb soll ihm die Möglichkeit gegeben werden, im Reichstag seine Sachkunde zur Geltung zu bringen.

Reichsarbeitsminister Schlichte: Die Arbeiterräte in den Betrieben werden aufgehoben werden. In einem Bericht über die Arbeiterfrage wird die Aufgabe zu betonen, erfahren nicht anzunehmen. Wie die Arbeitgeber vertreten sein sollen, darüber kann ich mich heute noch nicht äußern.

Abg. Andre (S.) erklärt, daß ein Teil seiner Freunde nicht für den Antrag Schneider stimmen könne, 20 Angestellte unter nicht einhundert Vertretern im Betriebsrat haben wie 100 Arbeiter, Arbeiter und Angestellte müssen zusammenarbeiten.

Abg. Schneider bemerkt, daß sein Antrag den Angestellten nur eine Vertretung für ihre besonderen Angelegenheiten schaffen sollte.

Nächste Sitzung Dienstag vormittag 10 Uhr.

Neues vom Tage.

Der Weltstreik.

Berlin, 22. Juli. Die von der Sozialdemokratischen Partei einberufenen Kundgebungsversammlungen wurden gestern von den Unabhängigen ohne Ausnahme planmäßig gesprengt. Im Gewerkschaftshaus kam es zu einer blutigen Schlägerei, auch Schüsse wurden abgegeben. Viele Teilnehmer, auch der Redner Redakteur Kutter, wurden zum Teil schwer verletzt. Statt „Völkerrevolution“, wie es im Programm hieß, Druckkampf, so überschreibt der „Vorwärts“ seinen Bericht über den Weltstreik.

Beuthen, 21. Juli. Heute ist die Deutschland-Grube zu 80 Prozent ausständig. Die Arbeit ruht auch auf Wolfgang, Graf Franz, auf der Voilodon-Hütte und den Huldshinger-Gruben. Im übrigen hat die ober-schlesische Arbeiterchaft die Streikparole wenig beachtet.

Wien, 21. Juli. Wien steht heute im Zeichen des Generalstreikes. Mit Ausnahme der Bäckereien und Lebensmittelgeschäfte, die in den ersten Morgenstunden offen hielten, waren alle Geschäfte, Kaffeehäuser, Gasthäuser und Kaufhäuser durchweg geschlossen. Auch der Verkehr der Straßenbahn war vollkommen eingestellt. Die Versammlungen und Straßenkundgebungen nahmen einen ruhigen Verlauf.

Amsterdam, 22. Juli. Der Londoner Korrespondent des „Telegraaf“ berichtet, daß der Kohlenstreik dadurch, daß 50.000 Arbeiter, die mit den Pumpen und anderen allgemeinen Eisenwerkzeugen betraut waren, die Arbeit niedergelegten, einen sehr ernsthaften Charakter angenommen hat. In Sheffield besteht die Gefahr, daß die Stahl- und Maschinenfabriken den Betrieb einstellen müssen. Tausende von Arbeitern sind infolge der Kohlennot schon jetzt ohne Arbeit. Die Führer der Bergarbeiter beurteilen die Lage als ernst.

Christiania, 22. Juli. Gestern ist der Generalstreik ausgebrochen. Die Arbeiter verlangen die Wiederaufnahme der amtlichen Beziehungen zu Sowjet-Rußland, allgemeines gleiches Wahlrecht, Anerkennung der Soldatenräte, allmähliche Auflösung des Militärs und Sozialisierung der Betriebe.

Die Einzelstaaten und das Schulkompromiß.

Berlin, 22. Juli. Auf Einladung des preussischen Kultusministers traten gestern die Vertreter der Einzelstaaten in Berlin zusammen, um zu der Lage Stellung zu nehmen, die für die Schulverwaltungen durch die am Freitag in der zweiten Lesung erfolgte Annahme des Schulkompromisses durch die Nationalversammlung geschaffen worden ist. Es herrschte volle Uebereinstimmung darüber, daß für die Einzelstaaten die denkbar größten Schwierigkeiten ergeben müßte; für einzelne Staaten sei sie geradezu ein Ding der Unmöglichkeit. Es wurde beschlossen, sich in letzter Stunde noch in einer dringenden Vorstellung an die Reichsregierung zu wenden und zu verlangen, daß die Schulartikel der Grundrechte vor ihrer endgültigen Verabschiedung einer gründlichen schul- und verwaltungsmäßigen Durchprüfung unter Inziehung der einzelstaatlichen Verwaltungen unterzogen werden.

Das Ende des Flugzeugdienstes.

Berlin, 22. Juli. Der gesamte militärische Betrieb der Flugzeugindustrie Adlershof wird demnächst geschlossen werden. Diese Maßnahme hängt mit den Friedensvertragsbestimmungen zusammen, welche keine deutschen Luftstreitkräfte mehr zulassen und die Auslieferung des Riegergeräts wie auch der Hallen und Flugzeugbehälter fordern. Die Flugzeugindustrie Adlershof war im Krieg das Zentraldepot für den gesamten Nachschub für alle Riegerformationen. Zeitweilig waren dort bis 20.000 Mann beschäftigt. Im Gegensatz zu den Spandauer Betrieben waren die Adlershofer Anlagen keine Heeresverwaltungen, die schon vor dem Krieg bestanden und ihren technischen Einrichtungen nach für die Dauer gedacht waren, vielmehr handelte es sich um reine Kriegsanlagen. Für die Arbeiter und Angestellten ist nach Möglichkeit gesorgt worden.

Güterverkehr mit dem besetzten Gebiet.

Frankfurt a. M., 22. Juli. Die „Zett. Hg.“ meldet: Das Zivilkommissariat 4 teilt mit: Durch die Aufhebung der Blockade ist auch der Güterverkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Westerte frei. Verboten bleibt die Einfuhr und Ausfuhr von Munition und Kriegsmaterial. Die Ausfuhr von Zand-

hoffen, Platin, Gold und Silber (gemünzt und in Barren), sowie fremden Geldes ist ohne die Genehmigung des internationalen Wirtschaftsausschusses in Koblenz nicht gestattet. Aus diesem Grund wird die Kontrolle der Postpakete mit aller Strenge durchgeführt werden. Kohlentransporte unterliegen auch den bisherigen Bestimmungen. Die bisher geltenden Bestimmungen für die Ein- und Ausfuhr von Möbeln sind aufgehoben.

Vieber den Tod.

Saarbrücken, 22. Juli. Der Bürgermeister von Böttingen, Sohns, der in Untersuchungshaft saß, ist freiwillig aus dem Leben geschieden. Er wurde tot in seiner Zelle gefunden. Sohns, der als Hauptmann d. L. Kommandeur eines Pionierbataillons war, wurden in Belgien angerichtete planlose Verhörungen zur Last gelegt. Er sollte in den nächsten Tagen nach Brüssel gebracht werden, um dort vom Kriegsgericht abgeurteilt zu werden.

Anschlag auf einen Amerikaner?

Paris, 22. Juli. Der Pariser „Newport Herald“ meldet aus Koblenz, auf den amerikanischen Plakommandanten Major Coltrill seien drei Revolvergeschosse abgegeben worden, die fehlgingen. Der Täter sei nicht ermittelt. Die Stadt werde eine Luise zu bezahlen haben.

Sämmtlicher Mißbrauch der Kriegsgefangenen.

Verailles, 22. Juli. Die französische Regierung ist durch eine Note darauf hingewiesen worden, daß nach aus Budapest eingetroffenen Mitteilungen etwa 4-5000 aus Rußland über Kasja (Rumänien) zurückkehrende deutsche Kriegsgefangene von den tschecho-slowakischen Militärbehörden seit einigen Wochen in Kasja festgehalten und zum Teil zu Schanz- und anderen militärischen Arbeiten an der tschecho-slowakischen Front verwendet werden. Die Behandlung dieser in Arbeiterkompagnien eingetretten Deutschen soll sehr schlecht, die Verpflegung gänzlich unzureichend sein. Die deutsche Regierung hat um baldigste Aufklärung dieses Falles gebeten.

Von der Friedenskonferenz.

Verailles, 22. Juli. Die deutsche Abordnung legte die Lage in Deutschland betr. die Kohlenversorgung dar; die Lieferung von Kohlen an die Verbündeten in der im Friedensvertrag bestimmten Menge müßte den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands zur Folge haben. Die Vertreter der verbündeten Regierungen verlangten darauf die Vorlegung eines Plans über Kohlenlieferungen, die vom September ab etwa möglich seien.

Ratibor, 22. Juli. Nach einer Meldung der „Oberösterreichischen Volkszeitung“ richtete der frühere Londoner Botschafter Fürst Lichnowsky an den englischen Minister des Auswärtigen, Balfour, ein Telegramm, in dem er ihn bittet, auch in dem südlichen an Tschechien grenzenden Teil des Kreises Ratibor, in dem Fürst Lichnowsky seinen Wohnsitz hat, das Recht der Volksabstimmung nachträglich bei den alliierten Regierungen erwirken zu wollen.

Wilson erkrankt.

London, 22. Juli. Reuters meldet aus Washington, Wilson sei an Ruhr erkrankt, sein Befinden sei aber nicht bedenklich.

Haig erkrankt.

Berlin, 22. Juli. Nach einer Londoner Meldung ist der englische Feldmarschall Haig während der Siegesfeier in London plötzlich schwer erkrankt.

Der Krieg im Osten.

London, 22. Juli. Reuters meldet, die Truppen des russischen Generals Denikin seien in Cherson eingezogen. Die Bolschewisten haben eine schwere Niederlage erlitten.

Berlin, 22. Juli. Laut „Tägl. Rundschau“ berichtet das rumänische Pressebureau, die russische Sowjetregierung habe Rumänien einen Frieden angeboten, nach dem Rumänien ganz Bessarabien überlassen würde gegen

die Verpflichtung, den Anhängern Koltshaks und der Ukrainern das Betreten des Landes zu verbieten. Ein achtstägiger Waffenstillstand wurde abgeschlossen.

Kabinetts-Randho.

Madrid, 21. Juli. Pancha hat die Kabinettsbildung übernommen. Während eines Ministerrats ist der Minister für Lebensmittelversorgung plötzlich gestorben.

Richter Lynch.

Amsterdam, 22. Juli. Die „Times“ meldet aus Washington, daß dort am Samstag eine Verfolgung auf die Regerevolutionsarmee veranlaßt wurde. Die Ursache dafür war, daß in den letzten Monaten weiße Frauen von Regern überfallen worden waren. Mehrere hundert Soldaten und Matrosen und über 1000 Zivilpersonen unternahmen einen allgemeinen Angriff auf die Regere, die durch die Straßen gejagt, aus den Straßen und Autos gerissen und mißhandelt wurden. Zur Unterdrückung der Unruhe mußte die Polizeireserve aufgerufen werden.

Kämpfe in Mexiko.

London, 22. Juli. Die „Times“ meldet aus Tanger, daß noch immer spanische Verwundete aus der Schlacht mit Kajiki eingebracht werden. Sowohl die Spanier als auch Kajiki haben große Verstärkungen erhalten.

Der Deutsch-demokratisch Parteitag

II.

Berlin, 20. Juli.

In der Nachmittagsitzung fordert Dr. G. Fasas-Entzger, daß die Fraktion bei der dritten Lesung der Verfassung für die dreijährige Legislaturperiode stimmt.

Abg. Schiffer: In einem Abmarsch nach rechts denkt kein Mensch. Ohne die Mitwirkung der Sozialdemokratie wird für absehbare Zeit keine Regierung möglich sein. Den Trennungstried nach links müssen wir betonen, da ein Bewußtsein der Gegensätze eine große Gefahr für die Partei mit sich brächte. Wir sind national bis in die Knochen, aber wir sind nicht nationalistisch oder kommunistisch.

Abg. Gothein: Das Unannehmliche des 12. Mai war ein schwerer politischer Fehler, wenn man nicht die Absicht hatte, zu blühen. Scheidemanns Postul wurde durch Erzberger sabotiert, der in der Zeit zwischen dem 12. Mai und 21. Juni Journalisten gegenüber oft erklärt hat: Wir müssen doch unterzeichnen. In der neuen Regierung hat der Geist Erzbergers gesiegt. Unsere Pflicht ist es, den Friedensvertrag soweit zu erfüllen, als es möglich ist. Wir müssen unser Volk aufrufen zum Kampf für einen gerechten und dauernden Frieden.

Handelsminister Fischbeck: Keine Regierung hat so viel dem Unitarismus geopfert, wie die preussische.

Baron Meier (Sach-Lothringen) fordert für die angegriffenen Ulfah-Vorbringer die Aufhebung der Zutriebsverbote in den einzelnen Städten und die Berechtigung von Arbeit und Wohnung für sie.

Dem Parteitag wird eine Entschließung unterbreitet: Der Parteitag spricht der Fraktion für die Haltung in der Nationalversammlung Zustimmung und Dank aus. Er billigt das Ausscheiden aus der Reichsregierung und nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß mit diesem Schritt keine Annäherung an die rechtsstehenden Parteien beabsichtigt oder verbunden ist. Die Partei erkennt den Frieden nicht als eine rechtsgültige Ausprägung der in den Waffenstillstandsvereinbarungen gewonnenen Rechtsgrundlage an und erhebt gegen die unerhörte Vergewaltigung des deutschen Volkes klammernden Widerspruch. Den einmal geschlossenen Frieden werden wir, so unannehmbar er auch ist, nach besten Kräften und Gewissen zu erfüllen suchen.

Berlin, 21. Juli.

Nach verschiedenen weiteren Reden faßt der Vorsitzende Koch noch einmal die Hauptpunkte der bisherigen Aussprache zusammen: Man dürfe es den Führern und den Parlamentariern nicht zu schwer machen und nicht nervös auf den Wiedereintritt in die Koalition drängen, der zu gegebener Frist schon erfolgen würde. Man soll auch nicht zu viel auf einmal verlangen. Die demokratischen Ideale werden schon noch zum Ziele führen. Die Friedensfrage solle die Parteifreunde nicht fesseln. Der Antrag, einen Ausschuss zur Untersuchung der Tätigkeit Erzbergers einzusetzen, wird zurückgezogen.

Bei der Abstimmung über die Entschließungen wurde ein von der Minderheit beantragtes Mißtrauensvotum wegen des Ausscheidens aus der Koalition abgelehnt und ein Vertrauensvotum angenommen, das das Verhalten der Fraktion in der Friedensfrage billigt. Die Entschließung Gerland-Schiffer wird mit einem Französischer Jubel angenommen, die denjenigen Partei- und Fraktionsangehörigen, die für das Unterschreiben des Friedensvertrags sind, entgegenkommen soll. Schließlich wurde eine Anregung, die Fraktion zu nötigen, bei der dritten Lesung sich für die dreijährige Legislaturperiode zu erklären, mit 350 gegen 303 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag angenommen, der der Fraktion nahelegt, zu erwägen, ob sie diese ihre Haltung nicht noch ändern sollte.

Ferner wurde beschlossen, aus den oft noch mehr oder minder losen örtlichen Organisationen eine geschlossene Partei im ganzen Reich zu schaffen und sie mit einem festen Programm auszustatten. Die Satzungen wurden angenommen. Die Organe der Partei sind zum Teil recht erheblich geändert worden. Der Hauptvorstand wird in Zukunft Parteiaussschuß heißen, der geschäftsführende Ausschuss Vorstand, der Parteiaussschuß wird demokratisch zusammengesetzt sein und die eigentliche politische Führung rückt von ihm in den bislang geschäftsführenden Ausschuss aus 22 Mitgliedern, von denen die Hälfte außerhalb Groß-Berlins wohnen soll.

Die Beratungen über das Parteiprogramm selbst konnte nur erst eingeleitet werden durch einen Bericht des Rechtsanwalts Dr. Frankfurter. An der neuen Fassung ist Abg. Friedberg wesentlich beteiligt. Die demokratische Partei bekennet sich zur groß-deutschen Republik; sie rückt die kulturellen Fragen, Religion und Kirche, Kunst, Wissenschaft und Unterricht, und die Rechtsfragen in den Vordergrund.

Der österreichische Frieden.

Das Wiener Korr-Bureau veröffentlicht noch folgende Einzelheiten aus dem Friedensvertrag:

Die Entschädigungssumme und die Zahlungsfristen werden von einer Kommission festgesetzt und zwar zunächst die Summe, die Deutsch-Österreich in den Jahren 1919 bis 1921 in Gold, Waren, Schiffen, Wertpapieren oder anderen Gütern zu bereinigen hat. Davon werden zuerst die Kosten der Besetzung, dann die Nahrungsmittel und Rohstoffe bezahlt, deren Bezug die verbündeten Großmächte gestatten. Alle Seeschiffe sind abzutreten, die Kriegsverluste an Fischschiffen zu ersetzen, jedoch nicht über 20 vom Hundert des Schiffsparks vom November 1918. Tiere, Maschinen und andere Gegenstände sind zu ersetzen, und zwar vorläufig: 6000 Milch Kühe, 200 Stück Jungvieh, 100 Stiere, 3000 Kälber, 2000 Stück Jungschweine, die zwischen Italien, Serbien und Rumänien geteilt werden. Ferner soll ein Teil der in Deutsch-Österreich zum Verkauf bereiteten Vorräte an Möbeln ausgeliefert werden. Eine Kommission von drei Rechtsgelahrten wird untersuchen, ob ein Reihe besonders genannter Bilder und Sammlungsgegenstände nicht unrechtmäßig aus Italien weggebracht wurde.

Für die aus dem Friedensvertrag entspringenden Verpflichtungen wird eine erste Hypothek auf das Staatseigentum und die Staatseinnahmen gelegt. Die Kriegaanleihen werden abgesetzt. Die anderen Staaten

„Einen Nummer? ... Keinen andern, als daß ich eigentlich nicht weiß, wozu ich auf der Welt bin.“ versetzte er mit einem bitteren Lächeln.

Ihre Teilnahme gab sofort einem lebhaften Unwillen Raum. Unter den langen, aufwärts gebogenen Wimpern leuchtete das schöne graue Dunkel sprühend zu ihm auf und in zäherndem Erstaunen sagte sie: „Das wissen Sie nicht? — Und haben Eltern, eine Schwester, die ihr Stolz sein muß, liebe Freunde und die Aussicht auf eine frohe Zukunft!“

Aber Rudolf zeigte sich weder erheitert noch auch eingeschüchtert. Er antwortete mit der früheren Bitterkeit: „Ach, was hilft mir das, was es denen, die mich lieben! Ein so nutzloser Mensch, wie ich es bin, kann den andern wohl Gutes, Erfreuliches tun?“

„Wir alle können anderen zum Guten erreichen auf die verschiedenste Weise,“ erwiderte das junge Mädchen ernst. „Zufällig fiel mir kürzlich eine kleine Erzählung in die Hände, die das rührend veranschaulicht. Ein krankliches Kind von zartem Alter ist nach schwerem Verden gestorben. Die zerkümmerte Mutter beweint es bitterlich. Da tritt ihr Töchterchen zu ihr mit der Frage: Mutter, Ferdinand ist auf die Welt gekommen und hat geklagt und jämmerlich und hat dir Leid und Mühe gemacht, Tag und Nacht. Und nun ist er wieder von uns gegangen, nachdem er selbst nichts als Schmerzen gehabt, uns nichts als Trauer gebracht hat. Wozu ist Ferdinand doch hier gewesen? Die Mutter aber antwortete: Als dein Brüdchen zu uns kam, habe ich Windeln und Kleidchen, Bettchen und Decken für das liebe Kind bereitet. Jetzt hat Gott der Frau unseres armen Tagelöhners ein Söhnchen geschenkt, sie hat aber nichts, um es zu wärmen und zu kleiden. Ich dagegen konnte ihr die guten Sachen geben, die ich für meinen kleinen verkümmerten, und die er nun nicht braucht. Dazu ist Ferdinand wohl hier gewesen. Mir denkt, das kleine lächliche Gesichtchen prägt uns die Wahrheit ein, daß wir nicht um unserer selbst willen hier, sondern bestimmt sind, Gottes Ratschlüsse zum Wohle unserer Mitmenschen, die gleich uns seine Kinder sind, sei es handelnd, sei es leidend zu erfüllen.“

Landrichter Lange.

Roman von Maria Lenzen, geb. v. Sebregondi.

Nachdruck verboten

und wenn Herr Vohfeld in seiner unzählige Male wiederholten kleinen Rede so weit gekommen war, schüttelte er trüblich den Kopf und schloß unter dem Weisfall seiner getreuen Gehilfen: „Die arme Richter! Für sie paßt das hochfahrende Getue nicht!“

Das war richtig. Ebenso gewiß war aber auch, daß die brave Frau, wenn auch anfangs mit großer Selbstüberwindung, nach und nach immer leichter in die Anforderungen sich fand, die in ihrer so auffallend veränderten Lebensweise und in ihrem neuen Umgangskreise an sie herantraten.

Die Familien von Kellinghörn und vom „Stolzenged“ hatten im Langeshen Hause ein feines Gabelfischstück eingenommen und dann einen gemeinsamen Spätspergans angetreten, dessen Ziel der Stadt als vor- der Baron wünschte die jungen Tannen zu sehen. Die einen Teil des Dilettanten Forstes, den sogenannten Mastenwald, durch ihre letzte Höhe und Stärke bestaunen zu machen. Auch das Gut Kellinghörn wies neben einem prächtigen Kanowald einen herrlichen Tannenforst auf. Die Herren wollten nun sehen, ob denn nun wirklich den südlichen Nadelhölzern der Vorzug vor denen des nördlichen Kittergutes gehörte.

Für Liebende ist ein Gang durch den Wald meistens ein erwünschtes Ereignis. Für einen gewandten jungen Mann bietet es eine goldene Gelegenheit, der Geliebten sein Herz zu öffnen. Baron Rudolph gedachte in bezug auf Elise Lange kaum noch des Befehles seines Vaters, sondern strebte in immer wachsender Neigung für das Kind des hochmütigen Juristen, wie er seinen künftigen Schwiegervater unehrerbietiger Weise nannte, eifrig nach ihrer Gegenliebe. Den Vorschlag des Richters zu einem Gange in den Stadtwald hatte er deshalb lebhaft unterstützt. Es gelang ihm auch wirklich, das junge Mädchen unvermerkt in einen schmalen Nebenweg zu führen, dessen Seitengänge dicht mit jungen Birken besetzt, einen

netzen Gegenstand zu den sie überragenden dunklen Tannen bildete.

Rudolph machte seine Begleiterin auf die Schönheiten der Umgebung aufmerksam, statt — wie er beschloffen hatte, — mit ihr von seiner Liebe zu sprechen. Ihre heitere Ruhe dämpfte seinen sonst so festen Mut, so daß er kein entscheidendes Wort sagte. Sie stimmte mit einer gewissen Wärme seiner Bemerkung über die Anmut des Waldpfades bei und erzählte, daß derselbe von jeher einer ihrer Lieblingswege gewesen sei.

„Das ist eine unerwartete Freude für mich, Frau-lein Elise!“ sagte er.

„Was meinen Sie? Ich verstehe Sie wohl nicht recht?“

„Weider, Sie verstehen mich selten,“ erwiderte er betrübt. „Ich wollte sagen, es sei eine unerwartete Freude für mich, daß Sie mit mir übereinstimmen — denn das war jetzt das erste Mal.“

„Das klingt so, als wollten Sie andeuten, daß ich zankfüchtig sei, Herr Baron,“ antwortete Elise in schon weniger freundlichem Tone.

„Gewiss nicht. Aber sie sehen, wie sehr ich recht hatte, zu behaupten, daß Sie mich häufig mißverstehen. Wenn es doch schon wieder der Fall.“

„Was das zutrifft, dann kann es nur in einer von zwei Ursachen begründet liegen. Untersuchen wir also, in welcher. Ich kann Sie nur deshalb so oft mißverstehen, Herr Baron, weil entweder ich eine schwache Fassungsgabe besitze, oder weil Sie sich unklar ausgedrückt haben. Letzteres kann natürlich gar nicht der Fall sein, so muß ich also ein einseitiges Mädchen sein.“

Sowohl ihre Stimme als ihre Züge trugen den Ausdruck harmlosen Scherzes, dennoch verletzte ihre Worte ihren etwas erregten Gefährten. Er senkte den Kopf und nagte an seiner Unterlippe, ohne etwas zu erwidern. Sein Schwelgen bewog sie, ihn aufmerksam ins Auge zu fassen. Und nun empfand sie ein leichtes Erfahren, denn seine Züge waren tief ernst und auffallend blaß. Rasch, wie ihre Empfindungs- und Handlungsweise war, rief sie nun: „Sie sind unwohl, Herr Baron, oder haben Sie ein-“

mit Ausnahme Deutsch-Oesterreichs haben keine Verpflichtung gegen die Inhaber der auf ihrem Gebiete befindlichen Kriegsanleihen, aber diese Staaten und ihre Staatsangehörigen haben auch keinen Anspruch gegen Deutsch-Oesterreich. Eine Kommission der beteiligten Staaten wird sich über alle finanziellen Fragen verständigen, die durch die Auflösung der Monarchie und durch die im Friedensvertrag enthaltene Umformung der Staatsschulden und des Geldwesens notwendig werden.

Die militärischen Bestimmungen verpflichten Deutsch-Oesterreich zur Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und zur Bildung eines Berufsheeres aufgrund freiwilliger Verpflichtung mit dem Höchststand von 30 000 Mann einschließlich der Offiziere und Depots. Die Höchstzahl der Offiziere wird mit 1500, die der Unteroffiziere mit 2000 festgesetzt. Die Dienstzeit soll wenigstens 20 Jahre für Offiziere und 12 Jahre für Unteroffiziere betragen. Die Herabsetzung der österreichischen Streitkräfte soll binnen drei Monaten nach Unterzeichnung des Vertrags durchgeführt sein. Innerhalb dieser Frist soll auch alles überzählige Kriegsmaterial abgeliefert und die Fabrikation solchen Materials auf eine staatliche Fabrik beschränkt sein. Im einzelnen enthalten die militärischen Bestimmungen ähnliche Einschränkungen wie der Deutschland auferlegte Vertrag.

Wahlbezirke der neuen Landwirtschaftskammer. Gewählt werden im I. Wahlbezirk mit den Oberamtsbezirken Aalen, Besigheim, Bradenheim, Crailsheim, Ellwangen, Gaildorf, Gerabronn, Gmünd, Hall, Heilbronn, Künzelsau, Mergentheim, Nedarjahn, Neresheim, Oehringen, Weinsberg und Weizheim 13 Landwirte und 5 Arbeiter; im II. Wahlbezirk mit den Oberamtsbezirken Ahnang, Böblingen, Cannstatt, Ehlingen, Göttingen, Kirchheim, Leonberg, Ludwigsburg, Marbach, Maulbronn, Nürtingen, Schorndorf, Stuttgart-Am, Waiblingen, Waiblingen und den Stadtdirektionsbezirk Stuttgart 11 Landwirte und 3 Arbeiter; im III. Wahlbezirk mit den Oberamtsbezirken Calw, Freudenstadt, Heurtenberg, Jorb, Mönchingen, Nagold, Neuenbürg, Oberndorf, Reutlingen, Rottenburg, Rottweil, Spaichingen, Sulz, Tübingen, Tübingen und Urach 12 Landwirte und 3 Arbeiter; im IV. Wahlbezirk mit den Oberamtsbezirken Biberach, Blaubeuren, Ehingen, Geislingen, Heidenheim, Laupheim, Reutlingen, Ravensburg, Riedlingen, Saulgau, Tettnang, Ulm, Waldsee und Wangen 12 Landwirte und 3 Arbeiter.

w.v. Das achte Schuljahr. Es wird uns geschrieben: Die Reichsverfassung wird die allgemeine Schulpflicht für jeden deutschen Staatsbürger auf acht Jahre festlegen, wie sie in Württemberg bis zum Jahre 1888 bestand. Da und dort wird man fragen: Ist das notwendig? Wer mit sieben Jahren Schulzeit nicht genügend viel gelernt hat, bei dem wird auch im achten Jahr nicht mehr viel dazu kommen. Zudem sind vor allem in der Landwirtschaft die Arbeitskräfte rar. Auch werden viele Eltern auf die möglichst frühe Mitarbeit und das Mitverdienst ihrer Söhne angewiesen sein. Wer so denkt und spricht, übersteht verschiedenes. Es dürfte in Zukunft viel eher an Arbeit als an Arbeitskräften fehlen. Dagegen wird diese Zukunft an die Leistungsfähigkeit jedes einzelnen Volksglieds Anforderungen zu stellen, die für den Geistigen und geistiger Dinsticht stellen. Wir müssen alles, auch das Letzte aus dem deutschen Boden herauszuholen, wollen wir unser Volk in genügendem Maße ernähren. Und wir müssen in unserer Industrie Qualitätsarbeit leisten, wollen wir uns im Wettbewerb mit den andern Völkern behaupten und den ungeheuren Verpflichtungen, die uns auferlegt sind, nachkommen. Dazu ist notwendig, daß jedes Volksglied, das sich der landwirtschaftlichen oder industriellen Arbeit zuwendet, körperlich, geistig und sittlich genügend erstarbt und gekräftigt ist. Es steht fest, daß die Volksschule ihre Zöglinge zu einer Zeit hat entlassen müssen, zu der eben erst die Fähigkeit zu tieferem, selbständigem Denken sich einstellt. Und endlich das Wichtigste. Für das Werden des Menschen sind entscheidend die Jahre der Entwicklung, der Ausreifung. Während dieser Zeit waren nun seither viele Jugendliche ohne richtige Führung und Leitung. In dieser Tatsache liegt in erster Linie die Ursache für die Erziehungsprobleme, die man als Verwilderung unserer schulentlassenen Jugend zu bezeichnen pflegt. Soll es in dieser Beziehung anders werden, dann ist die Schulzeit auf spätere Lebensjahre auszudehnen. Den sieben Schuljahren ist ein achttes zuzufügen und zu der Berufsarbeit muß die Berufsschule treten. Dann wird der Einzelne sein ganzes Leben lang über mehr Arbeitskraft verfügen können, und davon wird auch die Gesamtheit Nutzen haben.

Württemberg.

- (*) **Stuttgart, 22. Juli.** (Verteuerung von Gas und Elektrizität.) Das Städt. Gaswerk hat an die Technische Abteilung des Gemeindevorstandes den Antrag gestellt, mit Wirkung vom 1. August ds. Jrs. bzw. mit Wirkung vom Tag der Juli-Aufnahme an, den Gaspreis allgemein um 12 Pfg. für den Kubikmeter zu erhöhen. Auch das Städt. Elektrizitätswerk beantragt mit Wirkung vom 1. 8. an eine Erhöhung des Preises für Licht und Kraft um 6 Pfg. für die Kilowattstunde.
- (*) **Cannstatt, 22. Juli.** (Leichenlandung.) Gestern wurde bei der König Karlsbrücke die Leiche eines 23jährigen Dienstknechts gefunden. Es liegt Selbstmord vor.
- (*) **Leonberg, 22. Juli.** (Diebstahl.) Bei dem Bauern Friedrich Gennert in Hemmingen ist eingebrochen und verschiedene Kriegsanleihebescheine im Betrag von 3200 Mk. gestohlen worden.
- (*) **Nürtingen, 22. Juli.** (Eine dunkle Geschichte.) In der Nacht auf Montag ist hier eine Frau erschossen worden. Der Ehemann ist zunächst verhaftet worden, bis festgestellt, ob ein Unglücksfall oder Verbrechen vorliegt.
- (*) **Tübingen, 22. Juli.** (Lebensmüde.) Der

24 Jahre alte Studierende der Theologie Ludwig Dersch von Maulbronn, der 4 Jahre im Felde war, hat sich aus Schwermut erschossen.

- (*) **Überlingen, 22. Juli.** (80. Geburtstag.) Am Sonntag kamen viele Besucher aus dem Lande hier an, um den Altmeister schwäbischer Heimatkunst, Landschaftsmaler Professor Julius Kornbeck zum 80. Geburtstag zu beglückwünschen.
- (*) **Heilbronn, 22. Juli.** (Krawall.) Bei einem Angriff, den die aufgeregte Menge gestern auf die Kaserne des Jägerbataillons 13 machte, um die Waffen zu rauben, wurde ein 17jähriger Bursche erschossen; verschiedene andere sind schwer verwundet.
- (*) **Von der Enz, 22. Juli.** (Der Millionen-Schwindler.) Die 900 000 Mk., die der Schwindler Kambach dem Pforzheimer Bijouteriefabrikanten Hoed in Neustadt beim Platinkauf abknöpfte, sind jetzt fast vollständig beigebracht. Die noch fehlenden 498 000 Mk. hatte Kambach im Schuppen seines Vaters in Bräunlingen vergraben. Er gestand dies, und das Geld wurde unverfehrt gefunden. Es war noch wohl erhalten.
- (*) **Von der Enz, 22. Juli.** (Schieber.) Acht Schieber wollten über Pforzheim eine Menge Speck, Säulen, Schmalz, Schokolade usw. im Wert von 75 000 Mk. nach Wildbad verschleppen. Sie wurden aber in Pforzheim festgenommen.
- (*) **Gmünd, 22. Juli.** (Drohender Mäherstreik.) Die Müller des Oberamtsbezirks haben die Aufforderung des Oberamts und der Landesgetreidestelle, jeder Müller solle 500 Mk. als Sicherheit gegen Verletzungen der Ernährungsvorschriften usw. beim Oberamt hinterlegen, einstimmig abgelehnt. Der Müllerbund Gmünd stellte beim Müllerbund Württemberg und Hohenzollern den Antrag, dem Beschluß der Müller des Bezirks Ehlingen beizutreten, die Betriebe einzustellen, wenn die Mühlenkontrolle nicht abgeschafft werde. Am 10. August wird Landtagsabgeordneter Hüller in einer Müllerversammlung in Aalen sprechen.
- (*) **Crailsheim, 22. Juli.** (Schweinepreise.) Für das Paar Milchschweine wurden 250 bis 400 Mk. bezahlt. Vor 4 Wochen galten sie noch 800 Mk.
- (*) **Künzelsau, 22. Juli.** (Hagelschaden.) Am Sonntag nachmittag zog ein heftiges Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen und starkem Hagel über unseren Bezirk. Betroffen wurden die Gemeinden: Moosbach, Koberstetten, Leßbach und Eberbach. Der Schaden ist groß.
- (*) **Ravensburg, 22. Juli.** (Die Landwirtschaft und die Sonntagsruhe.) In einer Versammlung des landwirtschaftlichen Bezirksvereins wurde einstimmig beschlossen, die Regierung zu ersuchen, von der vollständigen Sonntagsruhe in den kaufmännischen Ladengeschäften der Landstädte abzusehen und der Landwirtschaft einigermaßen entgegenzukommen. Sollte man den Wünschen nicht entgegenkommen, so liefern die Landwirte an Sonn- und Festtagen keine Milch mehr in die Stadt und gründen Konsumgenossenschaften auf dem Lande, damit dort der Bedarf während der Woche gedeckt werden kann.

Baden.

- (*) **Karlsruhe, 22. Juli.** (Die neuen Steuerzuschläge.) Für den Haushaltsausgleich des badischen Landtags veröffentlicht der Berichterstatter, Abg. Göhring (Dem.), den Antrag, den der Ausschuss zu dem Gegenentwurf über die Erhebung eines außerordentlichen Steuerzuschlags für 1919 an den bad. Landtag vortrug. Darnach beträgt der außerordentliche Zuschlag für die Einkommensteuer für 1919 von 6000 Mk. bis auswärts 8000 Mk. 40 Prozent, von 8000-10 000 Mk. 45 Prozent, von 10 000-15 000 Mk. 50 Prozent, von 15 000-20 000 Mk. 60 Prozent, von 20 000-25 000 Mk. 70 Prozent, von 25 000-30 000 Mk. 80 Prozent, von 30 000-35 000 Mk. 90 Prozent, von 35 000 bis 40 000 Mk. 100 Prozent, von 40 000-50 000 Mk. 120 Prozent, von 50 000-60 000 Mk. 140 Prozent, von 60 000-70 000 Mk. 160 Prozent, von 70 000 bis 80 000 Mk. 180 Prozent, von 80 000-90 000 Mk. 200 Prozent, von 90 000-100 000 Mk. 220 Prozent, von 100 000-125 000 Mk. 240 Prozent der im Einkommensteuergesetz festgesetzten natürlichen Personen, den Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gewerkschaften der Bergbauindustrie und den Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem reinen Vermögen von 50 000 Mk. an soll für das Jahr 1919 zu dem nach dem Gesetz vom 7. März 1919 zu erhebenden Steuerbetrag ein außerordentlicher Steuerzuschlag erhoben werden, und zwar bei einem reinen Vermögen 50 000 Mk. bis auswärts 100 000 Mk. 10 Pfg., von 100 000-200 000 Mk. 15 Pfg., von 200 000-400 000 Mk. 20 Pfg., von 400 000-600 000 Mk. 40 Pfg., von 600 000-800 000 Mk. 60 Pfg., von 800 000-1 000 000 Mk. 80 Pfg., von 1 000 000-2 500 000 Mk. 100 Pfg., 15 000 000 Mk. und mehr 300 Pfg. für je 100 Mk. reines Vermögen. Der Zuschlag wird von den Pflichtigen mit einem reinen Vermögen von 50 000 Mk. bis auswärts 100 000 Mk. soweit nicht erhoben, oder ihnen erstattet, als sie für das Jahr mit einem Einkommen von weniger als 6000 Mk. veranlagt sind oder noch so veranlagt werden.
- (*) **Karlsruhe, 22. Juli.** Der Vorstand des Verbandes der badischen Städte der Städteordnung hat zu den Finanzplänen des Reichsfinanzministers Erzeuger Stellung genommen. Er hält es für unabwieslich, daß den Gemeinden eine ihren Bedürfnissen und ihrem verfassungsgemäß gewährtesten Recht der Selbstverwaltung Rechnung tragende Machtbesugnis zur eigenen Festsetzung ihres Steuerbedarfs und zur Befestigung ihrer Steuer gesichert bleibt. Würde der Bedarf der Gemeinde im wesentlichen nur durch „Dotationen“ aus einer Reichsteuer gedeckt und würden nur wenige minderwertige Steuerquellen den Gemeinden zur Befriedigung ihrer Sonderbedürfnisse erschlossen, so wäre jeder Fortschritt im Gemeindeleben lahmgelegt.

(*) **Karlsruhe, 22. Juli.** Der bad. Lehrerverein hat in einer Eingabe an das Ministerium des Kultus und Unterrichts die dringende Bitte ausgesprochen, es möge künftighin alle Kreis-, Schulinspektor- und Rektorstellen ausschließlich mit tüchtigen Volksschullehrern besetzt werden. — Aus einer in der bad. Schulzeitung erschienenen Meldertafel geht hervor, daß der Krieg rund 1000 Opfer unter der badischen Lehrerschaft gefordert hat.

- (*) **Karlsruhe, 22. Juli.** Nach den vorliegenden Nachrichten ist am Samstagabend der größte Teil Badens von schweren Gewittern heimgesucht worden. Erfreulicherweise scheint aber kein größerer Schaden angerichtet worden zu sein. In Fischenbach (Kinzigtal) wurde durch Blizzschlag ein Bauernhaus eingeebnet.
- (*) **Mannheim, 22. Juli.** Am gestrigen Demonstrationstag war die Arbeiterschaft aller großen Betriebe der Metallindustrie in den Streik getreten. In den meisten kleineren Betrieben wurde aber gearbeitet. (In Karlsruhe ist in keiner Fabrik gestreikt worden.)
- (*) **Heidelberg, 22. Juli.** Die Polizei verhaftete den verheirateten Tagelöhner Apffel, der an der Tür einer Wirtschaft eine Handgranate zur Explosion gebracht hatte, in der Absicht, die Wirtin zu töten. Verlezt wurde niemand.
- (*) **Baden-Baden, 22. Juli.** Der bad. soziald. Parteitag wird am 16. und 17. August hier abgehalten werden. Der Parteitag wird sich mit Fragen der Neuorganisation, der Stellung zu den politischen Fragen der Gegenwart befassen.
- (*) **Freiburg, 22. Juli.** Am Eingang zur Kinderklinik wurde ein erst wenige Stunden vorher geborenes Kind ausgelegt vorgefunden. Die Mutter des Kindes ist unbekannt.
- (*) **Wertheim, 21. Juli.** Eine hier aus dem ganzen Bezirk sehr stark besuchte Bauernversammlung erkannte in einer Entschließung die bisher erfolgten Erhöhungen der Preise verschiedener landwirtschaftlicher Produkte dankbar an, gab aber zugleich der Meinung Ausdruck, daß die Getreide- und Kartoffelpreise wesentlich erhöht und dadurch mit den außerordentlich geringen Produktions- und Betriebskosten der landwirtschaftlichen sowie mit den Preisen der Industrieerzeugnisse und mit den Bedarfsartikeln bäuerlicher Familien in Einklang gebracht werden müssen. Weiterhin forderte die Versammlung den Abbau der Zwangswirtschaft und die rascheste Befreiung aller Kriegsgesellschaften.
- (*) **Freiburg, 21. Juli.** Der Direktor der St. Josephsanstalt in Herken, Franz Künzle, ist zum Erzbischof. Geistlichen Rat ernannt worden.



Das Karlsruher Schloss als Badisches Landesmuseum.

— Der Kurs der Reichsmark war am 21. Juli in der Schweiz wieder auf 36 gesunken, die österreichische Krone gar auf 16. Auch das Ententgeld steht schlecht im Kurs: der französische Franken auf 79 1/2 und der italienische Lire auf 64 1/2.

— **Deutsch-englische Post.** Das Londoner Postamt gibt bekannt, daß von jetzt ab wieder Post für Deutschland angenommen wird.

— **Vorsicht!** Der Mangel an gut emaillierten und gut verzinneten Geschirr hat dazu geführt, daß vielfach verzinktes Metallgeschirr in den Handel kommt. Werden saure Früchte längere Zeit in solchen Gefäßen stehen gelassen, so wird das Zink gelöst. Zink ist schädlich für die Gesundheit und wird durch die Gärung nicht ausgeglichen.

Handel und Verkehr.

Kurzer Wochenbericht
Der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 15. bis 21. Juli 1919.
Durch Verordnung vom 15. Juli hat die Regierung die Abrechnungsperiode für die öffentlich bewirtschafteten landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Ernte 1919 festgelegt. Der Grundpreis für Roggen ist auf 400 Mk. für Weizen auf 450 Mk. erhöht worden. Der erste ist im Hinblick auf ihre weitgehende Heranziehung zur Brotbereitung dem Roggen im Preise gleichgestellt. Wie hierzu von amtlicher Seite bemerkt wird, ist die Erhöhung der Getreidepreise durch den Umstand bedingt, daß alle Produktionsmittel der Landwirtschaft um ein Vielfaches im Preise gestiegen, während die Betriebsmittel zurückgegangen und die Erträge gesunken sind. Wenn die Höchstpreise die Produktionskosten nicht mehr decken würden, dann wäre ein Rückgang des Getreideanbaues unvermeidlich. Es sei aber umso notwendiger, die Landwirtschaft leistungsfähig zu erhalten, als die Kostspieligkeit der Auslandszufuhren die höchsten Anforderungen an die Produktion der heimischen Scholle stellt. Ähnliche Erwägungen führten zu der Erhöhung des Kartoffelgrundpreises auf 125 Mk.
Auf den nord- und südamerikanischen Getreidemärkten herrschte in der abgelaufenen Woche sehr feste Tendenz. Die Aufwertbewegung in Buenos Aires beschränkt sich nicht auf Weizen, sondern auch die Preise für Weizen, Hafer und Reis haben sich angehoben.
Wirtschaftliches Wetter.
Trotzdem der Hochdruck noch leicht steigt, besteht fortgesetzt starke Neigung zu Gewittern, so daß am Donnerstag und Freitag zwar in der Hauptsache trockenes, aber doch auch zu vorübergehenden Regenfällen, an den Tagen nachher warmes Wetter zu erwarten ist.

Aus dem Bezirk

Wildbad, 23. Juli. Gestern wurde Malermeister Ludwig Luz zu Grabe getragen. Mit dem so plötzlich aus dem Leben und mitten aus rastloser Arbeit herausgerissenen Toten betrauert die Familie einen sorgenden Vater, das Malergewerbe einen äußerst fleißigen tüchtigen Berufskollegen und die Stadt einen ehrfamen, aufrechten Bürger. Der Siederkrantz, dem der Verstorbene als aktives Mitglied angehörte, verliert in ihm ein liebes, treues Vorstandsmitglied, in welcher Eigenschaft er seit 22 Jahren die Stelle des Kassiers versah. Auch die freiwillige Feuerwehr verliert in dem Entschlafenen ihren langjährigen Kassier und treuen Kameraden. Er war Inhaber des Verdienstehrenzeichens. Für den Siederkrantz, der sich offiziell an der Begräbnisfeier beteiligte, legte Vorstand Großmann mit einem Nachruf einen Kranz am Grabe nieder, desgleichen für die Feuerwehr, die ebenfalls in Corpore erschienen war, Kommandant Ruch. Röße ihm die Erde nicht sein. Wie das große Leichengefolge beweist, ertrug Luz allgemeiner Beliebtheit, was den Hinterbliebenen ein Trost in ihrem schweren Leide sein möge.

Bezirkskommando Calw.

Aufforderung.

Sämtliche aus dem Heeresdienst entlassenen Leute, welche außer dem Militärpaß noch einen Entlassungsschein in Besitz haben, werden hiermit aufgefordert, Paß und Entlassungsschein zwecks Vervollständigung des Entlassungseintrags im Militärpaß an das Meldeamt Neuenbürg einzufenden. Der Militärpaß wird sofort nach Vervollständigung zurückgegeben.

Bauer.

Veröffentlicht.

Wildbad, den 22. Juli 1919.

Stadtschultheißenamt: Beyer.

Zucker-Säcke.

Die Kaufleute werden ersucht, die noch in Händen habenden Zuckersäcke umgehend abzuliefern, gleichzeitig wollen die Zucker-Karten vom August abgegeben und der Vorrat in Zucker angegeben werden.

522

S. Bismarckstr.

Kappelmann, H.-M. Schlüter.

Käse-Abgabe.

Auf Lebensmittelkarte 39 wird abgegeben:

1 Pfund Käse.

Listenschluß: Donnerstag abend 6 Uhr.

522

Erklärung!

Ich habe mich überzeugt, daß mich Herr Bergbahn-Verwalter Edelmann wegen unerlaubtem Fleischkaufen nicht zur Anzeige gebracht hat und nehme deshalb meine Äußerungen über ihn mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Wildbad, den 22. Juli 1919.

208

Adolf Blumenthal.

„Alte Linde“ Wildbad

Freitag, 25. Juli, abends 8 Uhr

Luftiger

Meister-Abend

Arnold Meister vom Landestheater Stuttgart am Flügel.

Eigenes Wiener Lieder
und heitere Schlager.

Karten zu 3., 2. und 1. Mk. in der Buchhandlung
Trittler, König-Karlstraße 187 und Enzkolonaden.

Danklagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir bei dem Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters und Sohnes

Ludwig Luz, Malermeister

erfahren durften, für die trostreichen Worte des Herrn Stadtwirars, den erhebenden Gesang seines verehrten Siederkrantzes, der Feuerwehrgesellschaft und der freiwilligen Feuerwehr für die vielen Blumenpenden und allen denen, die ihn zur letzten Ruhe begleiteten, sagen wir unsern innigsten Dank.

In tiefer Trauer:

Die Gattin: Wilhelmine Luz,
mit Kindern.

Die Mutter: Katharine Eisele.

Wildbad, 23. Juli. Am Tage nach der Verabschiedung der Reichsverfassung sollen öffentliche Feiern und Vorträge in Schulen und Hochschulen abgehalten werden.

Wildbad. Man schreibt uns: Ihr Bericht über die Sitzung des Gemeinderats vom 17. Juli d. Js. bedarf der Ergänzung. Zur Frage der Uebernahme der freiwilligen kath. Konfessionsschule durch die Stadt hat der Gemeinderat Beschle das Wort ergriffen mit dem Hinweis darauf, daß ein Kompromiß zwischen Mehrheitssozialisten und Zentrum zu Stande gekommen ist. Das Kompromiß lautet: Art. 143 Abs. 3 der Verfassung im Abschnitt der Grundrechte über Bildung und Schule erhält die Fassung: Ob die Schulen innerhalb der Gemeinde für alle Bekenntnisse gemeinsam oder nach Bekenntnissen getrennt oder bekenntnisfrei (weltlich) sein sollen, entscheidet der Wille der Erziehungsberechtigten, soweit es mit einem geordneten Schulbetrieb zu vereinigen ist. Das Nähere bestimmt ein bald zu erlassendes Reichsgesetz. Der Antrag des Gemeinderats Beschle ging nun dahin, eine Beschlusfassung über das Gesuch des katholischen Stiftungsrats bis zum Erscheinen des angekündigten Reichsgesetzes zu vertagen, da die Kompetenz des Gemeinderats nach der in Aussicht stehenden Regelung

der Angelegenheit überhaupt in Begfall käme. Für diejenigen Mitglieder des Gemeinderats, die sich dieser Auffassung angeschlossen hatten, erübrigte sich logischerweise eine weitere Stellungnahme. Die Gesuchsteller werden es übrigens begrüßen, wenn sie das Reichsschulgesetz ihrer Rolle als Petenten bei den Gemeindebehörden fürderhin entleidet. A. B.

Erwidernng

Auf das im Samstagblatt des „Enztalboten“ erschienene Eingeladnt ist eine Erwiderung insofern notwendig, als der Einsender offenbar über die Art der Beschlagnahme von Heibelbeeren nicht genau orientiert ist. Es ist richtig, daß Beeren für eweis aus Wildbad hinausgelangen, aber die betreffenden Eigentümer sind alle durchweg mit Bescheinigungen des Oberamts versehen und eine Beschlagnahme daher nicht anständig. Wiederholt sind zwar Heibelbeere hier beschlagnahmt worden. Diese mußten aber anderntags wieder freigegeben werden, nachdem der oberamtliche Ausweis beigebracht war. Der Einsender läte also gut daran, sich erst bei der zuständigen Stelle zu erkundigen, bevor er öffentlich den Polizeiorganen ungerechtfertigte Vorwürfe macht [s

Kraftwagen-Verbindung

Neuenbürg — Marxzell — Herrenalb

ab 24. Juli 1919 bis Ausgabe eines neuen Fahrplans;

Herrenalb — Dobel — Wildbad

ab 24. Juli bis 20. September 1919.

Wochentag	Wochentag	Wochentag	Wochentag	Stationen	Wochentag	Wochentag	Wochentag	Wochentag
Vorm.	Vorm.	Sonnt.	Sonnt.		Vorm.	Sonnt.	Sonnt.	Sonnt.
7.38	8.35	12.38	4.27	ab Neuenbürg Bahnhof	9.00		4.25	7.35
8.00	9.00	12.45	4.40	dto. Postamt bei Marktplatz	9.10		4.20	7.30
8.07	9.07	12.52	4.47	Wilhelmshöhe	9.02		4.12	7.22
8.17	9.17	1.02	4.57	Schwann Postag. (Math. u. Vert.)	8.52		4.02	7.12
8.27	9.27	1.12	5.07	Conweiler Postag. (Santen a. Vert.)	8.43		3.53	7.03
8.35	9.35	1.20	5.15	Langenalb (Zamm)	8.33		3.43	6.53
8.40	9.40	1.25	5.20	Maifennühle, Holzbadstai	8.25		3.37	6.47
8.47	9.47	1.32	5.27	Marzell	8.20		3.30	6.40
8.57	9.57	1.42	5.37	Herrenalb	8.10		3.20	6.30
9.10	10.10	1.55	5.50	an Herrenalb	8.00		3.10	6.20
9.30	10.30		6.00	ab dto.		3.00		6.25
9.55	10.55		6.25	Lusthorst Dobel Postag. (Lonne a. Vert.)		2.40		6.05
10.15	11.15		6.45	Engbrücke		2.15		7.40
10.20	11.20		6.50	Oben Döhen bei Postamt		2.10		7.35
10.30	11.30		7.00	Calmbach Bahnhof		2.00		7.25
10.40	11.40		7.10	an Wildbad Postamt		1.50		7.15

Auskunft: Neuenbürg Telef. Nr. 47 — Herrenalb Telef. Nr. 10 — Wildbad Telef. Nr. 97

Bitte anschnelden!

Zu Sonderfahrten steht 5 fähiger Personewagen zur Verfügung. Zum Fahren von Gütern aller Art empfehlen wir unseren Postkraftwagen.

Turn-Verein Wildbad.

Am Sonntag, den 27. Juni 1919

findet das

Gartenerfest in Neuenbürg

statt, wozu wir unsere aktiven und passiven Mitglieder, sowie Freunde und Gönner der Turnfache höflichst einladen.

Programm:

- 7 Uhr Kampfrichterprüfung in der Turnhalle.
- 8 Uhr Beginn des Wettrennens.
- 10—11 Uhr Pause.
- 11 Uhr Fortsetzung des Wettrennens.
- 12 Uhr Sammlung an der Post.
- 2 Uhr Abmarsch nach dem Turnplatz.
- Allgemeine Freiübungen, Ansprache des Gau-Vorstands, Schauturnen der Damen, Männer und Turner-Kiege, Turnspiele u. Staffettenlauf.
- 3 Uhr Preisverteilung.

Abfahrt der mitwirkenden Turner und Preisrichter: 6.56 Uhr vorm.

Abfahrt des Vereins: 1.32 Uhr nachmittags.

Rückfahrt: Abends 7 Uhr.

Abends 8 Uhr:

Gemütliches Beisammensein in der Linde.

544

Der Vorstand.

la. Fußboden-Oel, (geruchlos)

la. Bodenwische,

Metallputzmittel „Triumph“,

la. reine verfeigte & qualitätsware liefert dauernd und billig

Bürkle & Klinnert,

chem. techn. Produkte, STUTTGART,

Kronprinzstrasse 3.

209

Wohnungs-Gesuch.

Für einen Beamten wird eine Wohnung mit 5 Zimmern samt Zubehör auf 1. August gesucht, oder ein besseres Einfamilienhaus zu kaufen gesucht. Näheres im Laden König-Karlstr. 61.

Füchtiges

193

Mädchen

für kleinen Privathaus halt sofort oder 1. August für Berlin-Friedenau bei gutem Lohn gesucht. Reisevergütung.

Zu erfrag: Badischer Hof.

Stärke-Wäsche

besorgt in normaler Lieferzeit

Großwäscherei Schorpp.

Annahmestelle:

Witwe Volz

Wildbad, Wilhelmstr. 91.

Bettnässen

Befreiung garantiert sofort. Alter und Geschlecht angeben. Auskunft unsonst. Versandhaus Wohlfahrt, München 35.3, Isabellstraße 12.

Fleißiges, ehliches

206

Mädchen

für Haus- und Zimmerarbeit kann sofort eintreten

Hotel Kühler Brunnen.

Ev. Jünglingsverein

Mittwoch abend 8 Uhr

Unterhaltungsabend.

Verloren mit

Pelzkragen.

Abzugeben gegen Belohnung Hotel Stolzenfels.

Karnikol

das Vorbeugungsmittel gegen die Kaninchensterblichkeit.

Zu haben in der

Medizinal-Drogerie Gebr. Schmit.

Calmbach.

Eine fast noch neue

Krautstande

hat zu verkaufen

P. v. S. v. S.

Döfenerstraße.

Ein seidener

Damen-Regenschirm

bei der Bergbahn

suchen zu haben.

Abzugeben gegen Belohnung

auf dem Landbüro.

Blanfaldchen

sind eingetroffen bei

Adolf Blumenthal.

Verkaufe 2 junge, 3 und

4 Monate alte

sowie eine trächtige Ziege.

& Kappler, Rembachstr. 259

Zwei Waggonas

Brennholz

kauft Reformschule Wildbad.

la. Dachpappe

und Eisenlack

empfehl

Fritz Krauß, Wildbad

Hauptstr. 148.

Verloren

den Deckel von einer

Damen-Uhr.

Abzugeben gegen Belohnung

bei Uhrmacher Sott, Wil-

helmstraße 82.

Landeskur-Theater

Heute abend

Die Csardas-Fürstin.

Für die Selbstanfertigung von Damen- und Mindergarderobe sind erforderliche

Schnittmuster

zu haben in der Buchhandlung

Geschw. Flum

neben der „Sonne“.

Dieselbst sind Modenzeitungen zu haben und einzusehen.

Hiesiger Alleinverkauf von Schnittmustern.